

Paderborner Volksblatt

für Stadt und Land.

Nro. 47.

Paderborn, 19. April

1849.

Das Paderborner Volksblatt erscheint vorläufig wöchentlich dreimal, am Dienstag, Donnerstag und Samstag. Der vierteljährliche Abonnementspreis beträgt 10 Sgr., wozu für Auswärtige noch der Postaufschlag von 2½ Sgr. hinzukommt. Anzeigen jeder Art finden Aufnahme und wird die gespaltene Borgis-Zeile oder deren Raum mit 1 Sgr. berechnet.

Uebersicht.

Bekanntmachung.

Deutschland. Frankfurt (die Konferenz des Reichsministeriums mit den Bevollmächtigten; die Abgabe der Gesamtnote an den Preussischen Bevollmächtigten); Berlin (das Plakatgesetz — die neue Circularnote; die österreichische Note).

Dänemark. (Der Armeebefehl des General Hansen).

Türkei. (Rüstungen der Türken zu Lande und zur See).

Ungarn. (Die Vorbereitung eines Treffens).

Neueste Nachrichten. Flensburg (die Düppeler Schanzen sind genommen); Gravenstein (das Gefecht); Altona (Nachrichten der Gefallenen); Hamburg (nähere Nachricht); Sieg der Ungarn; Paderborn (das Fürstl. Waldeck'sche Bataillon).

Vermischtes.

Bekanntmachung.

Unter Bezugnahme auf den §. 17 des Gesetzes vom 15. April v. Js. wird hierdurch bekannt gemacht, daß am 31. März d. Js. 7,025,507 Thaler in Darlehns-Kassenscheinen in Umlauf waren.

Berlin, den 14. April 1849.

Der Finanz-Minister.
v. Rabe.

Deutschland.

* **Frankfurt, 14. April.** Heute Vormittag 11 Uhr hat eine Konferenz des Reichsministeriums mit den Bevollmächtigten statt gefunden, über welche wir Nachstehendes mittheilen können. Anwesend waren 29 Bevollmächtigte; Oesterreich durch Herrn v. Schmerling, Preußen durch Herrn v. Kamph vertreten, da Hr. Camphausen noch nicht von Berlin zurückgekehrt war; der Bevollmächtigte von Hannover fehlte ebenfalls. Minister-Präsident Herr v. Gagern richtete folgende Anrede an die Versammelten: „Die verfassungsgebende Reichsversammlung hat in ihrer 175. Sitzung am 27. März d. J. die zweite Lesung der Deutschen Reichsverfassung zu Ende geführt und in ihrer 176. Sitzung am 28. März d. J. die Reichsverfassung verkündigt. Die ganze Nation, die Fürsten und die Regierungen sind den Arbeiten der Reichsversammlung gefolgt, haben an dem Zustandekommen des Verfassungswerkes Theil genommen und konnten sich von den großen Schwierigkeiten desselben überzeugen. Die Aufrihtung des Bundesstaates mit starker Centralgewalt und einer mit umfassenden Rechten ausgestatteten Volksvertretung erfordert große Opfer von Seiten der Regierungen der Einzelstaaten. Die Entschädigung dafür liegt in der Wohlfahrt des Ganzen, in der Gesamtmacht, welche auf die Einzelnen zurückfließt. Das Ministerium der Centralgewalt sieht es für seine Pflicht an, zur Verwirklichung der nunmehr beendigten Reichsverfassung so viel an ihm ist mitzuwirken; es ist der Ansicht, daß durch den § 1 in Verbindung mit dem § 87 der Reichs-Verfassung künftigen Bestimmungen über das besondere Bundesverhältnis Oesterreichs, deren Nothwendigkeit von der National-Versammlung durch Beschluß vom 12. Jan. d. J. anerkannt worden ist, nicht präjudizirt werde. Indem ich mich beehren werde, einem jeden der Hrn. Bevollmächtigten bei der Central-Gewalt nebst einer Ausfertigung des Protokolls über die heutige Konferenz ein Exemplar der authentisch ausgearbeiteten Verfassung des Deutschen Reichs zum Zweck der gefälligen Mittheilungen an die resp. Regierungen zuzustellen, drücke ich Namens des Ministeriums der Centralgewalt den Wunsch und die Hoffnung aus, alle Staatenregierungen möchten in dieser Verfassung das sicherste und einzig mögliche Band der Einigung unter den Fürsten und Völkern Deutschlands erblicken, und deshalb durch deren Vollziehung dem Vaterlande die langersehnte friedliche und gesegnete Grundlage sichern.“ Herr v. Schmerling dankt für die Mittheilung der von der National-Versammlung als endgültig beschlossenen Verfassung, und hat, da hieran

nur der Wunsch, daß sie ins Leben geführt werde, geknüpft sei, nur die Bemerkung zu machen, daß Oesterreich stets das Princip der Vereinbarung festgehalten habe, daselbe, ungeachtet der Beschlüsse der National-Versammlung, auch jetzt wahre, und sich seine Anträge und Erklärung vorbehalte. Luxemburg schließt sich dieser Aeußerung an. Welcher ist in der Lage, die Zustimmung der Badischen Regierung zu den Beschlüssen der National-Versammlung zu erklären. In ähnlicher Richtung äußerten sich: Nassau, beide Hessen, Schleswig-Holstein, beide Mecklenburg, Altenburg, die drei Anhalt, Frankfurt u. a. Oldenburg wird mit Weimar, Meiningen, Koburg-Gotha, Braunschweig, Bremen, Lübeck u. a. auf die Preussische Circularnote eine Erklärung wahrscheinlich heute noch abgeben, welche ohne Zweifel ebenfalls den Beschlüssen der National-Versammlung zustimmen wird. Preußen, Baiern und Sachsen behalten ihre Erklärung vor. Württemberg hat noch keine offizielle Aeußerung seiner Regierung, zweifelt aber nicht, daß dieselbe nach den bereits ausgesprochenen Grundsätzen sich den Beschlüssen der Nationalversammlung anschließen und thun werde, was die Lage der Sache erheischt.

Frankfurt, 14. April. Heute Abend ist von den Vertretern von Baden, Hessen-Darmstadt, Kurhessen, Oldenburg, Mecklenburg, Holstein, Lauenburg, Braunschweig, Nassau, Sachsen-Weimar, Koburg-Gotha, Altenburg, Meiningen, Anhalt-Bernburg, Dessau, Schwarzburg-Rudolstadt-Sondershausen, Reuß, Hohenzollern, Waldeck, Hamburg, Bremen, Lübeck, Frankfurt folgende Gesamtnote an den stellvertretenden Bevollmächtigten der Königlich Preussischen Regierung bei der Centralgewalt abgegeben worden: „Die ergebenst Unterzeichneten sind in Folge der durch die Königlich Preussische Circular-Note vom 3. April 1849 erhaltenen Veranlassung und geleitet von der Ueberzeugung, daß eine möglichst baldige Verständigung zu der schleunigen Verwirklichung des Deutschen Verfassungswerkes wesentlich beitragen werde, über ihre gemeinsame Aufgabe in vorläufige Verhandlungen getreten und beehren sich dem Königlich Preussischen Herrn Bevollmächtigten als deren Ergebnis Folgendes mitzutheilen: „Die von den Unterzeichneten vertretenen hohen Regierungen haben mit lebhafter Befriedigung aus der gedachten Note und deren Beilage ersehen, daß Se. Majestät der König von Preußen geneigt sind, an die Spitze des Deutschen Bundesstaates zu treten. Wenn Se. Königliche Majestät die Rechtsgültigkeit der durch die Deutsche Nationalversammlung getroffenen Wahl noch von dem Einverständnis der beteiligten Regierungen abhängig gemacht haben, so verdient die Ansicht, welche dabei die leitende gewesen ist, nicht nur die höchste Anerkennung, sondern es wird darin im Hinblick auf die Erfahrungen der letzten Zeit auch das Bestreben nach Herstellung derjenigen Garantien erkannt werden müssen, welche dem Deutschen Verfassungswerk Dauer zu geben geeignet sind. Durchdrungen von der Ueberzeugung, daß das Wohl des gemeinsamen Vaterlandes nur in der Errichtung eines kräftigen Bundesstaates gedeihen könne, und daß für diesen Zweck von Einzelnen Opfer gebracht werden müssen, nehmen die Unterzeichneten keinen Anstand, Namens der von ihnen vertretenen hohen Regierungen hierdurch ihr volles Einverständnis mit der von der Reichsversammlung getroffenen Wahl zu erklären. Anlangend die Verfassung des Deutschen Reichs, so entspricht diese zwar, sowie sie in zweiter Lesung von der Reichsversammlung beschlossen worden, nicht in allen Punkten den Ansichten, welche von den hohen Regierungen der Unterzeichneten gehegt und schon früher hervorgehoben worden sind; allein abgesehen davon, daß einzelne dieser Regierungen die Beschlüsse der Reichsversammlung im Voraus als verbindlich anerkannt haben, und daß der von andern ebenso wie von der Königlich Preussischen Regierung festgehaltene Standpunkt der Vereinbarung in seiner konsequenten Durchführung die Erreichung eines gedeihlichen Resultats leicht unmöglich machen würde, erachtet sie auch die von ihnen gehegten Bedenken nicht